13.04.2018, www.wormser-zeitung.de

Hessen 13.04.2018

Billiger Bauen: Flut von Vorschriften „Riesenproblem“

WIESBADEN - (cc). Führende Verbände und Institutionen der Bau- und Immobilienwirtschaft haben sich jetzt für eine Reduzierung der „Normenflut“ ausgesprochen, um den Anstieg der Baukosten zu dämpfen. Die Normen würden „immer unübersichtlicher“, widersprächen sich zum Teil auch selbst, so Andreas Ostermann, Vorsitzender des Bundes Deutscher Baumeister Frankfurt/Rhein-Main (BDB). Er spricht von einem „Riesenproblem“. Kostenträchtig seien Vorschriften zum Schallschutz. Beim Sozialen Wohnungsbau gebe es Regelungen, die deutlich über den Standard der Hessischen Bauordnung hinausgingen.

Zu den Verbänden und Institutionen, die diesen Vorstoß mittragen, zählen neben dem BDB auch Verbände der Immobilienwirtschaft sowie die Architekten- und Stadtplanerkammer. Sie fordern „eine Bündelung der Kräfte, um für alle gesellschaftlichen Gruppen bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können“. Die Politik müsse die Grunderwerbsteuer senken, um Bürgern die Finanzierung ihres eigene Zuhauses zu erleichtern.

Zu den zentralen Forderungen der Initiative zählt die Schaffung eines Ministeriums für Bauen, Stadtentwicklung und Infrastruktur auf Länderebene. Derzeit sind die Kompetenzen auf das von Priska Hinz (Grüne) geführte Umweltministerium und das von Tarek Al-Wazir (Grüne) geführte Wirtschaftsministerium verteilt. „Für den Wohnungsbau gibt es komplexe Rahmenbedingungen“, so Axel Tausendpfund, stellvertretender Sprecher der Initiative. „Wir wünschen uns eine Bündelung der Kompetenzen.“ So ließen sich Reibungsverluste vermeiden und der Wohnungsbau beschleunigen. In Hessen fehlen nach Angaben der Initiative bis 2040 mehr als 500 000 Wohnungen.

Verfassungsänderung wird begrüßt

Die Verbände und die Kammer begrüßen ausdrücklich, dass die Landesverfassung durch Volksabstimmung am 28. Oktober, dem Tag der Landtagswahl, geändert werden soll. Wie Martin Kraushaar, Hauptgeschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer, erläuterte, nehme sich der Staat mit einem neuen Staatsziel selbst in die Pflicht. „Künftig fördern Staat, Gemeinden und Gemeindeverbände sowohl die Errichtung und den Erhalt der technischen, digitalen und sozialen Infrastruktur als auch angemessenen Wohnraum. Der Staat wirkt damit auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land hin.“

Wichtig ist den Vertretern der Impulse jedoch, dass dieses Staatsziel im Rahmen marktwirtschaftlicher Bedingungen erreicht werden muss. Einem Recht auf Wohnraum werde eine klare Absage erteilt. Die Umsetzung einer solchen Forderung sei wirtschaftlich nicht umsetzbar.

2018-04-13 Billiger Bauen - Flut von Vorschriften 'Riesenproblem'_www.wormser-zeitung.de.doc